



(© FockeStrangmann)

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

letzte Woche hat zum ersten Mal die Enquetekommission „Sicherstellung der ambulanten und stationären medizinischen Versorgung in Niedersachsen - für eine qualitativ hochwertige und wohnortnahe medizinische Versorgung“ getagt. Hanna wird sich hier mit ihrer Fachexpertise als Mitglied der Kommission aktiv einbringen. Der SPD-Landtagsfraktion ist es ein besonderes Anliegen, die medizinische Versorgung in ganz Niedersachsen auf einem hohen Niveau bereitzustellen und auch zukunftsfest auszurichten.

Die aktuelle Diskussion über die Pflegekammer hat uns in den ersten Wochen des Jahres stark beschäftigt. Der Start der Pflegekammer ist unglücklich gelaufen. Nichts desto trotz möchten wir der Pflegekammer eine zweite Chance geben, sodass sie nun in die wirkliche Arbeit einsteigen kann. Diesen Prozess werden wir von politischer Seite intensiv begleiten. Hauptanliegen und Ziel ist es unter anderen, dass in der Pflege arbeitende Menschen endlich eine gute Vertretung und eine starke gemeinsame Stimme haben. Wir stehen für gute Arbeit - und zwar in allen Wirtschaftszweigen.

Mit unserer Aktuellen Stunde zum Thema „100 Jahre Frauenwahlrecht – auf dem Weg zur Parität“ möchten wir ein deutliches Zeichen für den Kampf um eine gleichberechtigte Gesellschaft setzen. Uns als SPD-Fraktion ist es eine Herzensangelegenheit, für mehr Parität im Zusammenleben und auch im Parlament einzustehen. Frauen haben sich selbstbestimmt auf einen harten und steinigen Weg begeben, damit ihre Rechte auch wirklich durchgesetzt werden. Auch 100 Jahre nach diesem historischen Beginn der ersten demokratischen Wahlen gibt es jedoch noch sehr viel zu tun. Blicken wir auf den „Gender Pay Gap“ – Frauen erhalten auch noch im 21. Jahrhundert rund 21 Prozent weniger Gehalt bei gleicher Arbeit als ihre männlichen Kollegen. Schauen wir uns den Frauenanteil des Landtages an: Nur 27 Prozent! Liebe Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten: Dies sind nur zwei Beispiele. Wir haben noch viel zu verbessern – packen wir es an!

Eure Hanna und Euer Ulf



Aus dem Januarplenum

Auswirkungen des Brexit auf die niedersächsische Fischfangindustrie begrenzen – Fanggebiete für die Hochseefischerei erhalten

Die deutsche Fischereiflotte (Kleine Hochseefischerei und Große Hochseefischerei) ist bisher u. a. in der 200-Seemeilenzone des Vereinigten Königreichs, in norwegischen und grönländischen Gewässern aktiv. Sollte es zu einem harten Brexit kommen, wird Fischfang in diesen Gebieten künftig nicht mehr im bisherigen Rahmen möglich sein. Rund 50 % der Fangmengen und etwa 31 % des Gesamterlöses der deutschen Fischerei werden aus Fängen in der britischen AWZ erwirtschaftet. Die Landesregierung wird u.a. gebeten, auf europäischer Ebene und gegenüber dem Vereinigten Königreich dafür zu werben, dass dem Thema Fischerei in den Verhandlungen eine hohe Priorität eingeräumt wird; sich dafür einzusetzen, dass die bisherigen Zugangsrechte nicht eingeschränkt werden und dass die nachhaltige Bewirtschaftung auf Basis der Fangempfehlung des Internationalen Rates für Meeresforschung befolgt wird.

Arbeitsplätze in der Windenergiebranche sichern - gesetzliche Rahmenbedingungen verbessern

Niedersachsen ist das Windenergieland Nr.1 und

dies soll auch so bleiben. Erneuerbare Energien sind ein wichtiger Wirtschaftszweig und ihre Nutzung für die Durchführung der Energiewende unabdingbar. Der Windenergie kommt bei der Stromerzeugung aus regenerativer Energie eine besondere Bedeutung zu. Zusätzliche Bedarfe für Strom aus erneuerbaren Energien entstehen durch den Ausbau der Sektorenkopplung, also um auch in den Sektoren Wärme und Mobilität eine stärkere Durchdringung mit erneuerbaren Energien zu erreichen. Ziel der Sektorenkopplung muss sein, den gesamten produzierten erneuerbaren Strom zu nutzen. Neben dieser inhaltlichen Ausrichtung begrüßt der Landtag, dass sich die Landesregierung in Gesprächen mit Enercon klar für den Erhalt von Arbeitsplätzen bei Enercon und ihren sogenannten Zulieferunternehmen einsetzt. Die Landesregierung muss sich weiter gegenüber der Bundesregierung für eine Verbesserung der Rahmenbedingungen für die Windkraftbranche positionieren.



Gesundes und bewusstes Essen dürfen für Kinder und Erwachsene keine Fremdworte sein

Gesunde, bewusste und regionale Ernährung sollte besser in unser tägliches Leben integriert werden. Besonders sollte über die Verschwendung von Lebensmitteln aufgeklärt werden. Diesbezüglich fordern wir die Einrichtung eines Zentrums für Ernährung und Hauswirtschaft. Somit soll es zu einer effektiveren Abstimmung von staatlichen sowie nichtstaatlichen Aktivitäten bezüglich nachhaltiger Ernährung kommen. Bestehende Schulprojekte hinsichtlich gesunder Ernährung sollen ausgebaut und Multiplikatoren für die jeweiligen Projekte qualifiziert werden.

Digitalisierung in der Landwirtschaft fördern - kostenfreien Zugang zu präzisen Korrekturdiensten ermöglichen

Die meisten Betriebe in der niedersächsischen Landwirtschaft nutzen bereits GPS-Lenksysteme. Die Genauigkeit der GPS-Steuerung reicht für viele Anwendungen jedoch nicht aus, sodass Landmaschinen ein zusätzliches Korrektursignal, das sogenannte RTK-Korrektursignal, benötigen. Dieses Korrektursignal ermöglicht es, dass sich das Fahrzeug mithilfe einer automatischen Lenktechnik im Gelände und auf dem Acker mit einer Toleranz von weniger als 2 cm manövrieren lässt. Die Nutzung dieser amtlich zur Verfügung gestellten Daten unterliegt jedoch einer Gebührenordnung. Daher fordert der Landtag die Landesregierung auf, den satellitenbasierten Korrekturdienst kosten- und gemeinfrei zur Verfügung zu stellen, um auch die Digitalisierung in der Landwirtschaft zu fördern.

Chancen der Künstlichen Intelligenz in Niedersachsen ausbauen, Anwendungen in den Zukunftsbranchen fördern

Im Wettbewerb um KI-Anwendungen und KI-Forschung liegt Europa gegenüber den USA und asiatischen Konkurrenten wie China und Südkorea deutlich zurück. Während in den USA jährliche Investitionen in Künstliche Intelligenz von 23 Milliarden US-Dollar zu verzeichnen sind, werden in Europa lediglich umgerechnet 3

Milliarden US-Dollar aufgewendet. Bis zum Jahr 2023 rechnet die Bundesregierung mit Wohlstandsgewinnen durch Künstliche Intelligenz im Volumen von 32 Milliarden Euro. Um dieses Ziel zu erreichen, soll Deutschland zu einem Vorreiter in der Erforschung von KI-Anwendungen werden.

Deswegen fordern wir, dass die Landesregierung unter anderen folgende Maßnahmen angeht: Die Unterstützung der niedersächsischen Hochschulen, insbesondere die Universitäten Braunschweig, Hannover, Oldenburg und Osnabrück, bei der Stärkung der KI-Forschung, die Bildung grenzüberschreitender Netzwerke zwischen Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen im Bereich der Künstlichen Intelligenz zu fördern, bei der Ausschreibung von Digitalisierungsprofessuren Kompetenzen in den Bereichen Recht, Datensicherheit, Datenschutz und Ethik angemessen zu berücksichtigen sowie bei der Entwicklung von Strategien zur Cybersicherheit die besonderen Herausforderungen in den Bereichen Big Data und KI-Anwendungen stärker zu berücksichtigen.

40 Jahre Erfolgsgeschichte - Niedersächsische Jugendwerkstätten nachhaltig stärken

Junge Menschen in schwierigen Lebenslagen, die aufgrund ihrer schulischen, persönlichen oder sozialen Situation besondere Unterstützung benötigen, werden in den niedersächsischen Jugendwerkstätten betreut. Ein Großteil der Finanzierung ergibt sich aus Fördermitteln der EU, die im nächsten EU-Haushalt zur Disposition stehen könnten. Die prioritäre Förderung von Jugendwerkstätten ist Ausdruck ihrer unverzichtbaren Notwendigkeit und elementarer Bestandteil der sozial- und jugendpolitischen Agenda niedersächsischer Landespolitik. Jugendwerkstätten haben eine über 40-jährige Erfolgsgeschichte in Niedersachsen vorzuweisen, die es gilt, nachhaltig fortzuschreiben. Die Koalitionsfraktionen bekennen sich in ihrem Koalitionsvertrag zur erfolgreichen Arbeit der Jugendwerkstätten und betonen, dass Jugendwerkstätten und Pro-Aktiv-Center auch ab 2021 Priorität haben werden.



GEDANKEN ZUR PFLEGEKAMMER

Ich bin im Oktober 2017 in den Landtag gewählt worden. Zu dieser Zeit war die Entscheidung darüber, ob und wie eine Niedersächsische Pflegekammer eingerichtet werden soll, bereits gefallen. In meiner vorherigen Tätigkeit als Geschäftsführerin der AWO Weser-Ems und Mitglied des Vorstandes der Landesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege Niedersachsen e.V. habe ich den Prozess kritisch begleitet.

Vorab: Politiker*innen erkennen Probleme und (zukünftige) Herausforderungen und erarbeiten Strategien und Maßnahmen, um diesen zu begegnen. Das ist ihr Job. Welche konkreten Wege bei welchem Thema eingeschlagen werden, obliegt der jeweiligen Mehrheit.

Die damalige rot-grüne Regierung hat vollkommen zutreffend festgestellt, dass "die Pflege" - gemessen am gesellschaftlichen Wert ihrer Arbeit - keine ausreichend starke Interessenvertretung besitzt, die partei- und verband-sübergreifend auftreten kann. Offensichtlich - das will ich als langjähriges Mitglied selbstkritisch hinzufügen - haben sich auch die Gewerkschaften hier zu wenig gekümmert. Ob dies am niedrigen Organisationsgrad der Pflegekräfte liegt, sei hier mal dahingestellt. Die Pflegekammer soll, so der Wille der Landtagsmehrheit, hier Abhilfe schaffen: Vor allen Dingen soll sie die beruflichen Interessen ihrer

Mitglieder bündeln. Hier geht es um die Unterstützung der Gewerkschaften, was die Lohnentwicklung und die Arbeitsbedingungen (prekäre Beschäftigungsverhältnisse, unfreiwillige Teilzeit, Urlaubsansprüche, Sonderleistungen, Vereinbarkeit von Familie und Beruf etc.) in der Pflege betrifft. Die Kammer kann zwar kein Tarifpartner sein, aber wichtige Expertise liefern.

Ebenso kann die Pflegekammer ein wichtiges Sprachrohr für die nach wie vor dringend notwendige Einführung eines verbindlichen Personalbemessungsverfahrens sein und insgesamt für die gesamtgesellschaftliche Wertschätzung und Anerkennung des Berufsfeldes Pflege.

Weiterhin geht es um die Ausarbeitung der Berufsordnung, welche verbindlich die Tätigkeiten und das Verhältnis gegenüber den zu Pflegenden beschreibt. Damit verbunden ist der Anspruch der Förderung von „guter Pflege“. Hier soll die Pflegekammer zudem eine Weiterbildungsordnung verfassen, welche die beruflichen Gebiete festlegt, in denen sich die Angehörigen der Kammer weiterbilden können und den Zugang zu Qualifikation durch Information und Angebote erleichtert.

wird auf nächster Seite fortgeführt



Ich gehe davon aus, dass die Pflegekammer in all diesen Punkten Verbesserungen nicht nur erreichen kann. Sie muss.

Denn eine Verkammerung von größtenteils abhängig Beschäftigten bedingt, dass der Mehrwert für die in der Pflege Tätigen deutlich spürbar werden muss. Auch ist richtig, dass die Beitragsordnung geändert wurde.

Im Koalitionsvertrag zwischen SPD und CDU ist festgehalten, dass die Pflegekammer zur Hälfte der Legislaturperiode evaluiert werden soll. Ich erwarte, dass diese Evaluation Aufschluss darüber geben wird, ob die Kammer einen Mehrwert für die in der Pflege Beschäftigten mit sich bringt. Und ich meine, diese Auswertung ist nun abzuwarten.

Abschließend seien mir noch ein paar grundsätzliche Anmerkungen erlaubt: Meines Erachtens ist die in den letzten Jahrzehnten – teils wahnhaft – betriebene Ökonomisierung der Sozialen Arbeit im Allgemeinen, des Gesundheitssektors und der Pflege im Besonderen der wesentliche Kern des Übels. DRG's, Pflege im Minutentakt, immer höhere Anforderungen an die Beschäftigten bei gleichbleibendem oder gar reduziertem Personal sind hier einige der Stichworte.

Darüber hinaus müssen sich Gesellschaft und politische Akteur*innen fragen: gehört die Pflege als öffentliche Daseinsvorsorge

(zunehmend) in privat-gewerbliche Hände, die sich - organisiert im BpA (Rainer Brüdele, FDP) – z. B. gegen flächendeckende, allgemeinverbindliche Tarifverträge stellen? Oder anders formuliert: ist es für unsere Gesellschaft ethisch vertretbar, Pflege und Gesundheit markt- bzw. in Teilen sogar gewinnorientiert zu organisieren, mit der möglichen Folge mangelnder Patient*innen-/Bewohner*innensicherheit oder von Versorgungsengpässen in wenig „lukrativen“ Regionen?

Ich meine: Geiz ist nicht geil. Ich trete deshalb unter anderem vehement für einen flächendeckenden, allgemeinverbindlichen Tarifvertrag Soziales ein, den die Tarifparteien aushandeln müssen. Salopp gesagt: Pflegekräfte verdienen mehr, als sie momentan verdienen. Auch liegt mir die Personalbemessung sehr am Herzen. Für das Pflege- und Gesundheitssystem in einer alternden Gesellschaft muss der Gesetzgeber Rahmenbedingungen schaffen, die dies auch finanziell ermöglichen. Eine Sozial-/Kranken-/Pflegeversicherung, die alle Einkommens- und Kapitalarten mit einbezieht (solidarische Bürger*innenversicherung), ist hier ein guter Weg.

Eure Hanna



Besuch vom Niedersächsischen Studieninstitut aus Oldenburg im Niedersächsischen Landtag. Die Besucherinnen und Besucher hatten spannende Fragen - es ging um Pflege, den Brexit und die Demografie in Niedersachsen.

100 Jahre Frauenwahlrecht: Um dieses Jubiläum und die Errungenschaften der Sozialdemokratie zu würdigen, tragen die Genossinnen der SPD-Fraktion Niedersachsen heute weiß - wie einst Marie Juchacz und ihre Kolleginnen.





Wir kümmern uns

IT-Campus

Im Koalitionsvertrag haben SPD und CDU vereinbart, ein niedersächsisches Kompetenzzentrum für Digitalisierung aufzubauen. Dabei soll OFFIS in Oldenburg laut Koalitionsvertrag eine entscheidende Rolle zukommen. In einem gemeinsamen Schreiben mit hiesigen Landtags- und Bundestagsabgeordneten (u.a. Dennis Rohde) haben wir uns an den zuständigen Wirtschaftsminister gewandt, um ihm deutlich zu machen, wie wichtig dieses Projekt für die Region ist. Ziel des Projekts IT-Campus ist es, eine kompakte Infrastruktur für Lehre, Forschung, Innovation und Entwicklung zu schaffen, an der Studierende, Wissenschaftler, Gründer und Unternehmen gemeinsam innovative Lösungen für die Digitalisierung entwickeln können und als Leuchtturmprojekt in Niedersachsen weit über die Grenzen des Landes hinweg eine

attraktive Einrichtung für Studierende, Wissenschaftler, Start-Ups sowie technologie- und innovationsorientierte Unternehmen zu werden. Durch diese bundesweit einmalige und attraktive Konzentration soll insbesondere ein Beitrag zur Behebung Niedersachsens Mangel an IT-Fachkräften, Innovationen und einschlägigen Start-Ups im Vergleich zum Bundesdurchschnitt geleistet werden.

Busverbindung für Geflüchtete

Über die lokale Presse mussten wir erfahren, dass die kostenlose Beförderung im öffentlichen Personennahverkehr für Bewohnerinnen und Bewohner der Erstaufnahmeeinrichtung im Kloster Blankenburg in der Stadt Oldenburg eingestellt wurde und diese zukünftig den normalen Fahrpreis entrichten müssen. Betroffen sind von dieser Entwicklung circa 350 Personen.

Die unbestreitbar fruchtbare Integrationspolitik der Stadt Oldenburg steht und fällt zu einem nicht unerheblichen Teil mit der Sicherstellung von Mobilität, denn die Landeseinrichtung im Kloster Blankenburg ist weit östlich außerhalb des Stadtkerns gelegen. Hier aber befinden sich die für geflüchtete Menschen zuständigen Ämter und Anlaufstellen, (Integrations-) Vereine, Möglichkeiten zur Freizeitgestaltung und der Busknotenpunkt, welcher das gesamte Stadtgebiet bedient. Das Land muss sicherstellen, dass seine eigene Erstaufnahmeeinrichtung erreichbar ist. Nur so kann auch die Stadt Oldenburg ihre Integrationsbemühungen in gewohnter Weise weiterführen. Wir haben daher den zuständigen Minister Herrn Dr. Althusmann aufgefordert, die entsprechenden Regionalisierungsmittel für das Kloster Blankenburg wieder freizugeben.



Das Landesarchiv am Damm

Nachdem viele Bürgerinnen und Bürger sich bei uns über den äußerlichen Zustand des Landesarchivs am Damm beschwert haben, fragten wir direkt beim zuständigen Minister Herrn Hilbers nach, ob Sanierungsarbeiten an der Außenfassade des Gebäudes geplant sind. Kürzlich erhielten wir das Antwortschreiben, welches wir folgend zusammenfassen möchten.

Herr Minister Hilbers teilte uns mit, dass die Bauunterhaltung grundsätzlich dem Staatlichen Baumanagement (SBN) obliege. Vergangenes Jahr sei im Auftrag des SBN Weser-Ems die erste von zwei historischen Villen vom Efeubewuchs befreit und die Fassade aus Bauunterhaltungsmitteln instandgesetzt worden. Restarbeiten würden noch in diesem Frühjahr abgeschlossen, wohingegen ebenfalls geplant sei, an der zweiten Villa entsprechende Arbeiten durchzuführen. Die Fassade des Hauptgebäudes weise Verschmutzungen und Beschädigungen auf, die die Standsicherheit und Konstruktion nicht beeinträchtigen würden. Mittelfristig solle auch hier eine umfassende Fassadensanierung stattfinden. Der Auftrag hierzu wurde seitens des Landesamtes für Bau und Liegenschaften bereits in die übergeordnete Finanzplanung mit aufgenommen. Ein Zeitraum für die Umsetzung sei allerdings noch nicht verlässlich zu prognostizieren.

Das Niedersächsische Landesarchiv am Standort Oldenburg hat die wichtige Aufgabe, das Schriftgut und weitere Archivalien für das ehemalige Land Oldenburg zu sammeln, zu bewahren und der Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Aus unserer Sicht muss sich das Staatsarchiv als wichtige Landesbehörde den Bürgerinnen und Bürgern in einem guten und gepflegten Erscheinungsbild präsentieren. Wir erwarten daher eine zügige Umsetzung der geplanten Sanierungsarbeiten.





European Medical School bekommt 40 neue Studienplätze

Sie gehört bereits seit 2012 zum festen Bestandteil von Oldenburg: Die European-Medical-School (EMS). Im Dezember beschloss nun der Niedersächsische Landtag eine Erhöhung der Studienplätze von 40 auf 80 zum Wintersemester 2019/2020. Um den Erfolg der EMS zu unterstreichen, lud die Oldenburger Universitätsmedizin während des Januar-Plenums zum parlamentarischen Abend. Es zeigte sich, wie gut die Universitäten in Oldenburg und Groningen grenzübergreifend miteinander kooperieren. Die Oldenburger Universitätsmedizin hat sich in Hannover großartig präsentiert. Es ist eine Erfolgsgeschichte und eine Chance für Oldenburg und Niedersachsen. Mit den zusätzlichen Studienplätzen, die wir im letzten Jahr beschlossen haben, geht es voran, Diesen Prozess müsse man weiterführen. So wird es gelingen, die Versorgung in der Region zu stärken und die dringend benötigten Ärzte auszubilden.

Denn Prof. Dr. Hans Gerd Nothwang, Dekan der Fakultät für Medizin und Gesundheitswissenschaften, hat großes vor und setzt sich auch weiterhin für mehr Studienplätze ein, um dem Ärztebedarf entgegenzutreten. Geplant sind bis zum Wintersemester 2023/2024 zusätzliche 120 Studienplätze.

Das Interesse an den „Oldenburgern“ in Hannover war im Januar groß. Neben Landtagspräsidentin Dr. Gabriele Andretta erschienen Wissenschaftsminister Björn Thümler, Sozialministerin Dr. Carola Reimann und Finanzminister Reinhold Hilbers sowie zahlreiche Abgeordnete aus den Nachbarregionen rund um Oldenburg.





Verkehrsministerium fördert ÖPNV in Oldenburg mit ca. 4,5 Mio. EUR

Die Oldenburger VWG wird ins ÖPNV-Förderprogramm des Landes aufgenommen. Gefördert werden folgende Maßnahmen:

- Ausbau, Erweiterung und Grunderneuerung des Betriebshofs der VWG in Oldenburg - von den zuwendungsfähigen Kosten in Höhe von 1,7 Mio. EUR werden 70 %, also ca. 1,2 Mio. EUR, gefördert.
- Grunderneuerung von acht Haltestellen im Stadtgebiet Oldenburg – von den zuwendungsfähigen Kosten in Höhe von 195.300 EUR werden 75 %, also ca. 146.000 EUR gefördert.
- Beschaffung von 25 Omnibussen für die VWG – von den zuwendungsfähigen Kosten in Höhe von 8,17 Mio. EUR werden 40 %, also ca. 3,2 Mio. EUR, gefördert.

Dies stärkt den öffentlichen Nahverkehr und versetzt Stadt und VWG in die Lage, die Busflotte weiter zu erneuern und so einen wichtigen Beitrag zur Schadstoffreduzierung und Luftreinhaltung zu leisten.



Ulf und Hanna beim Besuch in der Evangelischen Altenpflegeschule. Die SPD setzt sich dafür ein, dass die Schule in freier Trägerschaft auskömmlich finanziert wird.

Veranstaltung in Eversten zur Information und Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger im Hinblick auf die Umsetzung des städtischen Gesamtkonzeptes der Wohnungslosen- und Suchthilfe. Menschen in besonderen Lebenslagen - und jeder von uns kann davon betroffen sein - verdienen unsere Solidarität und Unterstützung. Beratungs- und Hilfsangebote können aber nur dann wirksam sein, wenn sie sich in der Mitte unserer Gesellschaft befinden und nicht an deren Rand abgeschoben werden.



Ulf bei der LOGES-SCHULE für Physiotherapie. Mit dem Haushalt 2019 haben wir die Schulgeldfreiheit für die Gesundheitsfachberufe in Niedersachsen für den Ausbildungsjahrgang 2019/2020 auf den Weg gebracht. Die hohen Ausbildungskosten sind nicht mehr zeitgemäß. Die Schulen brauchen aber auch Planungssicherheit bei der Umsetzung der Schulgeldfreiheit.



Der Haushalt der Stadt Oldenburg ist beschlossen und trägt eine klar sozialdemokratische Handschrift

Für unverzichtbar halten SPD und CDU die Fliegerhorst-Straße, um den Stadtnorden zu entlasten und das Areal an das Oldenburger Straßennetz einschließlich Autobahnring anzubinden. So schaffen wir auch eine wichtige Querverbindung für den öffentlichen Nahverkehr, verbinden Universität und Stadtnorden.

Als unverzichtbares Projekt der Daseinsvorsorge bewerten die Fraktionen auch das Bäderstrategiekonzept, das wie der Haushalt ebenfalls in der Januarsitzung des Stadtrates beschlossen wurde. Die beschlossene große Lösung sieht den Bau eines Sport- und Gesundheitsbades am Flötenteich (einschließlich eines Freibadangebotes) und die Sanierung der Stadtteilbäder Eversten und Kreyenbrück vor.

SPD und CDU begrüßen die Pläne der Stadtverwaltung, das Stadtmuseum baulich und inhaltlich neu aufzustellen. Eine moderne Präsentation der Oldenburger Stadtgeschichte muss Bestandteil des kommunalen Bildungsauftrages sein. Vor einer endgültigen Entscheidung über den Museumsneubau erwarten die beiden Fraktionen eine umfassende Vorlage der Stadtverwaltung zur geplanten inhaltlichen Konzeption sowie zu den dauerhaften Folgekosten für den Ergebnishaushalt.

Ein wichtiger Meilenstein ist zudem die Abschaffung der Straßenausbaubeiträge. Zum 1. Januar 2020 sollen die Anlieger bei der Sanierung ihrer Straßen finanziell nicht mehr belastet werden. Die Kosten im zum Teil vier- bis fünfstelligen Bereich sind den Bürgerinnen und Bürgern kaum noch zu vermitteln und nicht mehr zeitgemäß. Mit der Abschaffung sorgen wir für mehr Gerechtigkeit. Mit der Abschaffung setzt die SPD ein Versprechen aus dem Kommunalwahlprogramm um.

Schwerpunkte des aktuellen Haushalts 2019 sind vor allem die Förderung der Kultur und der Ausbau der Schulen. So haben sich die beiden Fraktionen darauf verständigt, das Theater Laboratorium in diesem Jahr mit 120.000 Euro zu fördern und den ursprünglichen Verwaltungsansatz für das überregional bedeutende Theater damit verdoppelt. Zugleich wird die kulturelle Nutzung des ehemaligen Offizierstheaters „Globe“ auf dem Gelände der früheren Donnerschwee-Kaserne mit einer erhöhten Finanzierung (50.000 Euro) unterstützt.

Bei der Umwandlung zum Ganztagsbetrieb in Bürgersch und Dietrichsfeld planen wir den fristgerechten Ausbau der beiden Grundschulen zum Schuljahr 2020/21. Damit stehen wir zum geltenden Ratsbeschluss und zu unserer Forderung, für mehr Bildungsgerechtigkeit zu sorgen.

Im sozialen Bereich sind der Tagesaufenthalt für Obdachlose, die beim Café CaRo angesiedelte niedrigschwellige Suchtprävention, die Evangelische Familienbildungsstätte und die Arbeit des Sozialdienstes Katholischer Frauen hervorzuheben. Tagesaufenthalt und Café CaRo erhalten zusammen 45.000 Euro für Angebotserweiterungen. Die Betreuungsleistungen des Sozialdienstes werden mit nun insgesamt 32.000 Euro unterstützt. Zusätzlich wird die Integrationsförderung mit weiteren 50.000 Euro gestärkt. Die Parteien stellen daneben zusätzliche Mittel für Zuschüsse zur Förderung von Belegungsbindungen zur Verfügung. Damit fördern wir preisgünstiges Wohnen. Im Investitionshaushalt stellen wir Planungskosten für mehrere Verkehrsprojekte zur Verfügung, unter anderem für die Erstellung eines P+R-Konzeptes sowie für eine Brücke an der Doktorsklappe am Alten Stadthafen.

Euer Ulf



Die Perspektive eines Hospitanten

Vom 23.-25. Januar habe ich bei Hanna Naber im Niedersächsischen Landtag hospitiert. Durch eine E-Mail der Elternvertreter bin ich darauf aufmerksam geworden und habe mich aufgrund meines politischen Interesses beworben. Ich habe mich relativ schnell mit Haiko Meents, einem Mitarbeiter, auf einen Termin geeinigt.

Am Mittwochmorgen ging es dann direkt nach Hannover. Haiko Meents begleitete mich dorthin. Ich sah Hanna Nabers, sowie Ulf Pranges Büro und konnte im Livestream die Plenarsitzung des Landtags verfolgen. Am Abend ging es dann zum Fraktionsabend, wo ich viele nette Menschen kennengelernt habe. Am Donnerstag

saß ich morgens in der Loge des Landtags und sah die Plenarsitzung. Nachmittags begleitete ich eine Studentengruppe der Universität Oldenburg zuerst auf die Tribüne und später in einen Ausschussraum zu einer Diskussionsrunde mit Ulf Prange und Frau Niewerth-Baumann von der CDU. Am Abend ging es dann zum Parlamentarischen Abend der European Medical School. Am Freitag saß ich morgens im Plenum und fuhr mittags mit dem Zug nach Oldenburg zurück.

Mir persönlich hat die Hospitation sehr viel Spaß gemacht, besonders die Plenarsitzungen und der Parlamentarische Abend haben mir sehr gut gefallen. Außerdem habe ich sehr viel ge-

lernt. Ich bedanke mich bei allen, insbesondere bei Haiko Meents, Yannoh Mügge und Ulf Prange, aber natürlich auch bei Hanna Naber für die Chance mal zu sehen, wie im Landtag gearbeitet wird! Ich kann die Hospitation nur jedem politisch Interessierten empfehlen.

- Iwo Felgendreher

(Etzhorn), 15



Regelmäßig führen wir gemeinsam Tagesfahrten nach Hannover durch, um den Oldenburgerinnen und Oldenburgern die Arbeit im Landtag näherbringen zu können. Zum Programm gehören der Bustransfer, ein Tribünenbesuch während der laufenden Sitzung und eine Diskussionsrunde mit den Abgeordneten.

Bei Interesse genügt ein kurzer Anruf oder eine formlose E-Mail.



KONTAKT



facebook.com/

MdLPrange
hannanaberspd



instagram.com/

ulfprange
hanna_naber

SPD 
LANDTAGSFRAKTION
NIEDERSACHSEN

Bürogemeinschaft Naber & Prange

Huntestraße 23
26135 Oldenburg

Tel.: 0441 361175-12 / 0441 361175-13

E-Mail: wahlkreisbuero@hanna-naber.de
wahlkreisbuero@ulf-prange.de

Wir freuen uns auf eure Anregungen für
unsere Arbeit für Oldenburg.